

Allgemeine Anträge

zum Bezirksparteitag am 28. Oktober 2017 in Höchenschwand

Antrag Nr. 1 Antragssteller: CDU-Sozialausschüsse Südbaden/ Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft

Betrifft: Familien und Kinder stärken

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Die CDU Südbaden fordert CDU und CSU auf, in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung in Umsetzung des gemeinsamen Regierungsprogramms der Unionsparteien einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Familien und Kindern zu legen. Dabei sollten vor allem die folgenden Maßnahmen prioritär sein:

1. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm zugesagte Entlastung der Familien durch eine Anhebung des Grundfreibetrages für Kinder in zwei Schritten soll angesichts der weiter steigenden Steuereinnahmen zeitlich vorgezogen werden.
2. Die zugesagte Einführung eines neuen Baukindergeldes ist schnellstmöglich umzusetzen.
3. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm zugesagte Entlastung bei der Grunderwerbssteuer für den Kauf einer selbstgenutzten Wohnimmobilie sollte als vollständiger Erlass für Familien mit mindestens zwei Kindern ausgestaltet werden.
4. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm vorgesehene Rentenkommission soll den Auftrag erhalten, auch weitere familienpolitische Komponenten im Rentensystem zu prüfen. So sollte der Vorschlag aus dem Wahlprogramm der Union aus 2005 geprüft werden, pro Kind einen finanziellen Bonus einzuräumen, um so Familien mit Kindern auch bei Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten und deren Beitrag zur Stabilität der umlagefinanzierten Rente besser anzuerkennen.

Empfehlung der Antragskommission:

- Annahme in geänderter Fassung
 erledigt
 Ablehnung

Antrag Nr. 2 Antragssteller: Frauen Union Südbaden

Betrifft: Einheitliche Leitlinien zur Integrationspolitik

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Die CDU Südbaden fordert die CDU-Landtagsfraktion und CDU-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass es einheitlich verbindliche Leitlinien zur Integrationspolitik in Bund, Land und Kommune gibt.

49 **Begründung:**
50 Trotz vieler Bemühungen und Veränderungen gibt es immer noch keine bundesweiten einheitlichen Leit-
51 linien zur Integrationspolitik. Zuviel unterliegt der Länderhoheit. So gibt es große Unterschiede in der Ab-
52 schiebepaxis.
53

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

54

55

56 **Antrag Nr. 3** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

57

58 **Betrifft: Radikaler Islam**

59

60 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

61

62 Die CDU Südbaden fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktion dazu auf, dass
63 die Kooperationen mit Dachverbänden, die den radikalen Islam unterstützen, aufgekündigt werden.

64

65 **Begründung:**

66 Um eine gelungene Integration voranzubringen ist es zwingend notwendig, den staatlichen Einfluss aus
67 Istanbul zu verringern. Dazu müssen die staatlichen Geldflüsse aus Istanbul gestoppt werden.

68 Die Finanzierung von Moscheegemeinden aus dem Ausland muss verboten werden

69

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

70

71

72 **Antrag Nr. 4** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

73

74 **Betrifft: Einführung des Spracherkennungssystems**

75

76 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

77

78 Die CDU Südbaden fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesinnenminister dazu auf, sich
79 für die unverzügliche Einführung des Spracherkennungssystems bei der Überprüfung von Asylbewerbern
80 und sonstigen Neuankömmlingen beim BAMF einzusetzen.

81

82 **Begründung:**

83 Immer wieder ist die Identität von Flüchtlingen für die Mitarbeiter des BAMF nicht erkennbar, weil keine
84 Ausweise vorliegen.

85 Bereits 2016 sind entsprechende Programme in Erprobung gewesen, aber aus Datenschutzgründen nicht
86 zum Einsatz gekommen. Der Datenschutz sollte hier nur eine untergeordnete Rolle spielen.

87

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

88

89

90 **Antrag Nr. 5** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

91
92 **Betrifft: Schutz christlicher Flüchtlinge**

93
94 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

95
96 Die CDU Südbaden setzt sich dafür ein, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel mit aller Entschiedenheit zum Schutz christlicher Flüchtlinge in deutschen Flüchtlingsunterkünften eingesetzt werden.

97
98
99 **Begründung:**

100 In den vergangenen Monaten häufen sich die Medienberichte über Bedrohungen, Diskriminierungen und
101 Gewaltanwendungen christlicher Flüchtlinge in deutschen Asylbewerberheimen. Es ist nicht hinnehmbar,
102 dass christliche Flüchtlinge in Deutschland denselben traumatischen Erfahrungen religiöser Verfolgung wie
103 in ihren Herkunftsländern, den sie eigentlich durch ihre Flucht entkommen wollten, ausgesetzt sind.

104 Es muss sichergestellt werden, dass die Erfassung der Religionszugehörigkeit von Flüchtlingen und die Zusammenlegung und separate Unterbringung von nicht-muslimischen Minderheiten, gewährleistet sind. Der
105 Anteil von nicht-muslimischen Minderheiten gegenüber Muslimen muss in etwa gleich sein. Es müssen
106 genügend Vertrauenspersonen für die von Übergriffen betroffenen, christlichen Flüchtlinge bereitgestellt
107 werden. Ferner muss das Sicherheits- und Betreuungspersonal nach Kriterien ausgewählt werden, die einen
108 religions-neutralen Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gewährleisten.
109
110

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

111

112

113 **Antrag Nr. 6** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

114

115 **Betrifft: Pränataler Bluttest**

116

117 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

118

119 Die CDU Südbaden setzt sich dafür ein, den pränatalen Bluttest zur Feststellung von Trisomie 21, Trisomie
120 18 und Trisomie 13 ab der 10. Schwangerschaftswoche, nicht als Krankenkassenleistung zuzulassen.

121

122 **Begründung:**

123 Der pränatale Bluttest wird bisher von den Krankenkassen nicht bezahlt, sondern zählt zu den individuellen
124 Gesundheitsleistungen (IGeL). Wenn er aber Krankenkassenleistung wird, ist absehbar, dass er dramatisch
125 häufiger durchgeführt wird. Für Schwangere kann dadurch der Eindruck entstehen, sie müssten es begründen,
126 wenn sie den Test nicht durchführen lassen wollen.

127 Aus Haftungsgründen sind Ärzte verpflichtet, Schwangere über eine nachgewiesene Trisomie umfassend
128 aufzuklären. Daher gerät ein Arzt in die Situation, aus rechtlichen Gründen auch eine diagnostische
129 Methode anzubieten, die er ggf. aus Gewissensgründen ablehnt. Dadurch kann eine schwangere Frau unter
130 starken Druck geraten, das behinderte Kind abzutreiben. Eine freie Entscheidung ist eingeschränkt.

131 Alle Bemühungen um Inklusion werden obsolet, wenn es auf der anderen Seite legitim ist, Behinderte nach
132 einem Bluttest auszusortieren. Hier geht es ganz klar um Selektion und die Verhinderung erbkranken Nachwuchses.

133
134 Der pränatale Bluttest wird für das ungeborene Kind als risikolos angepriesen. Das ist nur richtig, wenn der
135 Test zu einem negativen Ergebnis führt. Bei einem positiven Befund entscheiden sich jedoch 98 % der betroffenen
136 Frauen für eine Abtreibung. In diesem Fall ist das Lebensrisiko für das ungeborene Kind hoch.

137

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

138 **Antrag Nr. 7** **Antragssteller: Junge Union Südbaden**

139

140 **Betrifft: Netzabdeckung und WLAN im ÖPNV in Südbaden**

141

142 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

143

144 Auch der ÖPNV muss für die digitalen Herausforderungen nachgerüstet werden. Die CDU Südbaden fordert
145 daher als Minimalziel, durchgehenden Mobilfunk- und LTE-Empfang auf den Nah- und Fernverkehrsstrecken
146 der Bahn in Südbaden sicherzustellen. Darüber hinaus fordert die CDU Südbaden, mittelfristig flächen-
147 deckend gebührenfreies WLAN im öffentlichen Nahverkehr in Südbaden bereitzustellen. Die Landesregie-
148 rung und die Landkreise werden daher aufgefordert, ihre Ausschreibungskriterien für den ÖPNV entspre-
149 chend anzupassen.

150

151 **Begründung:**

152 Mobilfunkempfang und Internetverbindung sind mittlerweile entscheidende Kriterien bei der Frage, ob
153 jemand die Angebote des ÖPNV nutzt. Wenn ÖPNV Angebote auch weiter attraktiv gemacht und gehalten
154 werden sollen, führt kein Weg daran vorbei, diese auch zeitgemäß an Mobilfunk und Internet anzubinden.
155 Die Zeit in Bussen und Bahnen kann damit effektiv genutzt werden und bringt somit einen echten Mehrwert
156 gegenüber dem Auto mit sich. Der derzeitige Zustand, dass nicht einmal stabile Telefonverbindungen,
157 geschweige denn Internetverbindungen im heute üblichen LTE Standard auf zentralen Verkehrsachsen wie
158 der Rheintalbahn gewährleistet werden können, ist schlicht nicht zeitgemäß und unterstreicht den Zustand
159 Deutschlands als digitales Entwicklungsland, gerade im ländlichen Raum.

160 Spätestens nach dem Wegfallen der Störerhaftung spricht zudem nichts mehr gegen eine kostenfreie
161 Bereitstellung einer WLAN-Internetverbindung, so wie sie bereits heute auch in den Fernverkehrszügen der
162 Bahn und den Fernbussen privater Anbieter zur Verfügung gestellt wird. Der Verband der Region Stuttgart
163 hat kürzlich beschlossen, dass in den kommenden zwei Jahren alle S-Bahnen mit kostenfreiem WLAN ausge-
164 stattet werden sollen. Was in der Region Stuttgart technisch und finanziell umsetzbar ist, muss auch in Süd-
165 baden Standard sein. Auch das ist eine Gleichbehandlung von Ballungsräumen und ländlichem Raum, für die
166 wir eintreten.

167

168

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

169

170

171 **Antrag Nr. 8** **Antragssteller: Junge Union Südbaden**

172

173 **Betrifft: Zukunft der Mobilität**

174

175 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

176

177 Die CDU Südbaden fordert eine vorausschauende Planung bei der digitalen Infrastruktur im Straßenverkehr
178 und der Zukunft der (digitalisierten) Mobilität. Der Bau zukünftiger Projekte wie Brücken und Tunnel sowie
179 notwendigen Reparaturen bestehender Straßen muss derart erfolgen, dass moderne Technik – die Digitali-
180 sierung ist auf lange Zeit nicht abgeschlossen und wird sich immer weiter entwickeln – durch Module ohne
181 großen Kostenaufwand nachgerüstet werden kann und die Infrastruktur somit jederzeit auf dem aktuellsten
182 Stand bleibt.

183 Die CDU Südbaden fordert zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit im Straßenverkehr eine zeitnahe
184 Anpassung der StVO (Straßenverkehrsordnung), des StGB (Strafgesetzbuch), des StVG (Straßenverkehrsge-
185 setz) und die Regelung neuartiger Haftungsfragen zum „Halb- und Vollautonomen Fahren“ und dem „Intel-
186 ligen Verkehrsfluss“.

187 Die Kaufprämie für Elektroautos setzt falsche Anreize und verfehlt ihr Ziel, langfristig mehr Elektroautos auf
188 die Straße zu bringen. Wir fordern stattdessen, die Gelder gewinnbringender als Anreize zum Ausbau einer

189 leistungsfähigen Ladeinfrastruktur (z.B. an Tankstellen) sowie zur Steigerung der Forschung und Entwick-
190 lung neuer Mobilitätskonzepte und Antriebsformen einzusetzen. Die CDU Südbaden spricht sich dabei ge-
191 gen eine Elektroautoquote und für Technologieneutralität bei der Förderung neuer Antriebsformen und
192 Mobilitätskonzepte aus. Eine einseitige Förderung der Elektromobilität ohne dabei andere alternative An-
193 triebs- und Kraftstoffe zu berücksichtigen lehnen wir ab.

194
195 **Begründung:**

196 Der digitale Wandel verschärft nicht nur den Wettbewerb zwischen Unternehmen, es entsteht auch eine
197 neue automobilwirtschaftliche Konkurrenz der Staaten und Kontinente. Dies birgt sowohl Chancen als auch
198 Risiken für das Automobilland Deutschland. Aus dieser sprunghaften Weiterentwicklung der Mobilität be-
199 gründet sich eine Verpflichtung der Landes- und Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung dieser Ent-
200 wicklung in Form einer vorausschauenden Infrastrukturplanung und der Koordinierung einzelner Akteure
201 von Automobilindustrie, Energieversorger und Automobilverbänden.

202 Da in selbstfahrenden Autos keine Menschen, sondern Computer Aktionen steuern, ist im Vorfeld die
203 Haftungsfrage bei auf fehlerhafter Kommunikation mit öffentlichen Ampeln und Sensoren basierenden
204 Verkehrsverstößen oder Verkehrsunfällen zu regeln, um Schuldfragen besser klären zu können.

205 Es ist nicht Aufgabe der Politik, Herstellern vorzuschreiben, was diese zu produzieren haben. Ebenso wenig
206 weiß die Politik besser als Kunden und Hersteller, welche Antriebsform am besten geeignet sein wird den
207 Automobilstandort Deutschland zu sichern und dabei die Bedürfnisse der Kunden und Autofahrer am besten
208 abdeckt. Die aktuelle Debatte ignoriert mit dem alleinigen Fokus auf die Elektromobilität nahezu vollständig
209 alternative Antriebs- und Kraftstoffformen. So können beispielsweise moderne Verbrennungsmotoren mit
210 synthetischen und emissionsfreien Kraftstoffen, die sich derzeit ebenso in der Entwicklung befinden wie
211 Elektroantriebe, dem Verbrennungsmotor durchaus eine Zukunft geben. Daher muss die Entwicklung unter-
212 schiedlicher Antriebsformen gefördert werden, um das Risiko der deutschen Automobilhersteller zu redu-
213 zieren, dass sich eine Antriebsform nicht durchsetzen könnte.

214
215

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

216

217

218 **Antrag Nr. 9 Antragssteller: Junge Union Südbaden**

219

220 **Betrifft: Digitalisierung in Südbaden voranbringen**

221

222 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

223

224 Glasfaserkabel ist für uns die einzige Möglichkeit langfristig mit der Digitalisierung Schritt zu halten und die
225 nötige Infrastruktur bereit zu stellen. Die CDU Südbaden lehnt die Förderung von Vectoring deshalb ab. Zur
226 zukunfts-fähigen Versorgung aller Haushalte mit schnellem Internet muss der Glasfaserausbau bis in die
227 jeweiligen Haushalte (FTTB/FTTH) gewährleistet werden, eine Versorgung lediglich bis zum nächst-
228 gelegenen Verteiler wird auf lange Sicht nicht ausreichen. In schwer zu erschließenden Gebieten können
229 funkbasierte Lösungen eine temporäre Alternative sein. Auch der mobile Standard muss bis 2020 4G/5G
230 sein. Dies bedeutet, eine ganzheitliche deutschlandweite Netzabdeckung mit diesem Standard. Bei
231 Infrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Leitungen) fordern wir eine Verpflichtung zur Mitverlegung von
232 Glasfaser-Leerrohren.

233 Der Infrastrukturausbau muss, besonders im ländlichen Raum, zeitnah erfolgen. Bereits jetzt kann eine
234 mangelnde Versorgung mit schnellem Internet einen enormen strukturellen Nachteil für Bevölkerungs-
235 und Wirtschaftsentwicklung im Ländlichen Raum darstellen. Diese Ungleichheit muss kurzfristig, also in der
236 laufenden Legislaturperiode, maßgeblich beseitigt werden, damit der Ländliche Raum nicht langfristig
237 abgehängt wird.

238 Die CDU Südbaden fordert zudem, dass die Zuschussanträge für den kommunalen Glasfaserausbau wieder
239 in den Regierungspräsidien bearbeitet werden. Zudem müssen auch Neubaugebiete in die bestehenden
240 Fördermöglichkeiten eingeschlossen werden. Wir unterstützen darüber hinaus explizit kommunale und
241 interkommunale Initiativen zum Glasfaserausbau.

242 **Begründung:**
 243 Kupferbasierte Lösungen bieten keine ausreichende Zukunftsperspektive. Der Einsatz und die Förderung
 244 von Vectoring führen zu einem verlangsamten und teureren Ausbau der Glasfasernetze, dabei ist die
 245 Vectoring-Technik bei der Datenübertragungsrate grundsätzlich beschränkt. Glasfaser ist in jeder Hinsicht
 246 zukunftsfähiger und als Infrastruktur langfristig ausbaufähig sowie als Rohstoff günstiger im Vergleich zu
 247 Kupfer. Bereits heute sind die meisten größeren Städte mit Glasfaser und Verbindungen bis zu 400 Mbit/s
 248 ausgestattet. Im Ländlichen Raum sind dagegen oft kaum mehr als 25 Mbit/s verfügbar.
 249 Die Zentralisierung der Bearbeitung der Zuschussanträge in Stuttgart hat die Bearbeitungsdauer
 250 kommunaler Anträge zum Teil verdreifacht. Es ist nicht sinnvoll, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, mehr
 251 Mitarbeiter in Stuttgart einzustellen und mit diesen Anträgen zu beschäftigen, wenn diese bisher erfolgreich
 252 und schnell in den Regierungspräsidien bearbeitet wurden und werden können. Eine Bearbeitung der
 253 Anträge in den Regierungspräsidien stellt eine schnellere Bearbeitung der Anträge mit Sachkenntnis der
 254 Gegebenheiten vor Ort und einem engeren Draht zu den kommunalen Antragsstellern sicher. Auch
 255 Neubaugebiete müssen in die vorhandenen Förderinstrumente des Landes aufgenommen werden: Es kann
 256 nicht sein, dass eine Kommune aufgrund fehlender Glasfaserförderung bei Neubaugebieten auf Kupfer statt
 257 Glasfaser setzen muss.
 258
 259

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung
-----------------------------------	--

260

261

262 **Antrag Nr. 10 Antragssteller: Junge Union Südbaden**

263

264 **Betrifft: Berufliche Bildung stärken und attraktiver machen:**
 265 **Auslandsaufenthalte breiter möglich machen**

266

267 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

268

269 Die CDU Südbaden fordert, die Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte für Auszubildende in der dualen
 270 Ausbildung deutlich zu verbessern. Wir fordern daher die Unternehmen auf, ihren Auszubildenden vermehrt
 271 solche Auslandsaufenthalte zu ermöglichen. Da dies für kleine Betriebe nicht aus eigener Kraft darstellbar
 272 ist, sollten kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe, die ihren Auszubildenden Auslandsaufenthalte
 273 ermöglichen, dafür eine staatliche Förderung erhalten. Hierbei sollte, sofern keine Standorte im Ausland
 274 verfügbar sind, mit anderen, größeren Unternehmen Vereinbarungen geschlossen und Azubis untereinander
 275 für 3 Monate ausgetauscht werden, damit diese Praxiserfahrung sammeln und über den eigenen Tellerrand
 276 hinausschauen können.

277

278 **Begründung:**

279 Für die Ausbildungsbetriebe unserer Wirtschaft wird es zunehmend schwer, geeignete Auszubildende zu
 280 finden. Ein großes Problem dabei ist, dass viele junge Leute das Studium der Ausbildung vorziehen. Es ist
 281 deswegen zwingend notwendig, die berufliche Bildung gegenüber den zahlreichen Studiengängen zu
 282 stärken und bei den Schulabgängern wieder attraktiver zu machen. Ein konkreter Ansatzpunkt, bei dem
 283 bislang ein Studium attraktiver sein kann als eine Ausbildung ist die Möglichkeit eines
 284 Auslandsaufenthaltes. Auslandsaufenthalte sind für die Persönlichkeitsbildung von jungen Menschen von
 285 enormem Vorteil. Hierdurch können sowohl die Auszubildenden als auch die Unternehmen profitieren,
 286 gerade in einem immer internationaleren Wirtschaftsleben. Bislang bietet sich die Möglichkeit zum
 287 Auslandsaufenthalt in der dualen Ausbildung allerdings fast nur Auszubildenden in größeren und stark
 288 international tätigen Unternehmen.
 289

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> erledigt <input type="checkbox"/> Ablehnung
-----------------------------------	--

290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324

Antrag Nr. 11 Antragssteller: Junge Union Südbaden

Betrifft: Gründungen in Südbaden erleichtern

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Die CDU Südbaden will Südbaden für Start-ups und neue, digitale Wirtschaftsbereiche attraktiver machen. Als ersten Schritt fordern wir, bei den Wirtschaftsförderungsstellen der südbadischen Landratsämter die Einrichtung von Gründerzentren, die für Gründer unkompliziert und unbürokratisch alle Verwaltungsvorgänge die zur Unternehmensgründung erforderlich sind koordinieren, als alleinige Ansprechpartner für alle anfallenden behördlichen Fragen zur Verfügung stehen, umfassend Auskunft geben können und gegebenenfalls unkompliziert den Kontakt zu den nachgeordneten Ämtern und Behörden herstellen können. Darüber hinaus schlagen wir den Gemeinden vor, als Modellregion Gründern im ersten Jahr nach der Gründung einmalig die Gewerbesteuer zu erlassen oder nur mit einem reduzierten Gewerbesteuersatz zu belasten.

Begründung:

Wir wollen, dass Südbaden und der ländliche Raum auch beim Thema Unternehmensgründungen und Start-ups nicht von den Ballungszentren abgehängt wird, sondern zu einer der Gründer- und Start-up-Regionen in Deutschland werden kann und wir damit auch neue und immer wichtiger werdende Wirtschaftsbereiche für Südbaden erschließen. Da der ländliche Raum hier strukturell nur bedingt mit Ballungszentren mithalten kann, müssen für Gründer in Südbaden daher andere Anreize gesetzt werden. Dafür muss zunächst der Weg zur Unternehmensgründung erleichtert werden. Dies beginnt bei bürokratischen Anforderungen, die die Gründung von Unternehmen bislang verkomplizieren. Bislang müssen Gründer zur Gründung ihres Unternehmens einen Ämtermarathon bewältigen, um alle vorgeschriebenen Behördengänge zu erledigen. Die Reduzierung auf eine Stelle, einen sogenannten one-stop-shop, bei den Wirtschaftsförderungsstellen der Landratsämter, die sich in der Folge wiederum mit den weiteren Ämtern koordinieren würde den bisherigen Ämtermarathon auf einen Behördengang reduzieren. Auch hier muss wieder der Grundsatz gelten: Die Behörden sind für die Bürger da und nicht umgekehrt. Denn Menschen, die eine Idee und den Mut haben, in Südbaden ein Unternehmen zu gründen sollen sich mit ihrer Idee beschäftigen können – und nicht mit Ämtern und Behörden. Auch finanziell kann Südbaden für Start-ups attraktiver werden, etwa über Gestaltungsspielräume bei der Gewerbesteuer.

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340

Antrag Nr. 12 Antragssteller: Junge Union Südbaden

Betrifft: Rentenkonzept erarbeiten

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Der CDU Bezirksvorstand wird beauftragt, eine Kommission zur Erarbeitung eines Vorschlags über die Eckpunkte eines tragfähigen, nachhaltigen und generationengerechten Rentensystems auch für die Zeit nach 2030 einzusetzen. In dieser Kommission sind die Vereinigungen, insbesondere Senioren Union, CDA und Junge Union zu berücksichtigen. Der erarbeitete Vorschlag soll am nächsten Bezirksparteitag diskutiert und diesem zum Beschluss vorgelegt werden.

341 **Begründung:**
342 Die CDU hat zu politischen Fragen im zurückliegenden Bundestagswahlkampf teilweise keine Antworten
343 und Konzepte vorgelegt. Am deutlichsten wurde dies dabei, als einzige bislang im Bundestag vertretene
344 Partei keine Aussage zur langfristigen Ausgestaltung des Rentensystems vorzulegen, einer der für alle
345 Generationen wichtigsten politischen Fragestellungen überhaupt. Stattdessen haben wir den Eindruck
346 erweckt, die bestehenden und in der Bevölkerung präsenten Probleme im Rentensystem mit dem Verweis
347 auf das Jahr 2030 schlichtweg zu ignorieren. Die Sorgen der Menschen über die Zukunft der Alterssicherung
348 haben wir damit nicht ernst genommen. Es ist daher höchste Zeit, sich mit einer langfristigen
349 Rentenkonzeption auseinanderzusetzen. Da dies in der Bundespartei bislang nicht erkennbar und auf
350 langfristige Lösungen fokussiert geschieht, ist es an der Zeit in der CDU Südbaden die Initiative zu ergreifen
351 und sich dieses Themas anzunehmen. Dabei soll die Breite unserer Partei über alle Generationen und
352 Berufszweige hinweg berücksichtigt werden, um unserem Status als Volkspartei Rechnung zu tragen.
353
354

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

355
356
357

Antrag Nr. 13 Antragssteller: Junge Union Südbaden

359
360
361

Betrifft: CDU Südbaden im Landesverband

362 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

363
364 Der CDU Bezirksvorstand wird beauftragt, bei der kommenden Wahl des CDU Landesvorstandes darauf
365 hinzuwirken, neben einem Stellvertretenden Landesvorsitzenden auch wieder eine Beisitzerposition im
366 Präsidium mit einem südbadischen Personalvorschlag zu besetzen. Außerdem wird der Bezirksvorstand
367 beauftragt darauf hinzuwirken, bei den Beisitzern im Landesvorstand die Zahl der südbadischen Vertreter zu
368 erhöhen.

369
370 **Begründung:**
371 Zentrale Aufgabe des Bezirksverbandes ist es, die Interessen der CDU Kreisverbände aus unserem Bezirk
372 gegenüber der Landes- und Bundespartei zu artikulieren. Neben der inhaltlichen Positionierung geschieht
373 dies ganz maßgeblich auch über die Besetzung der Spitzenpositionen im CDU Landesverband. Dass der
374 Bezirk Südbaden nur noch eine der insgesamt acht gewählten Positionen im Präsidium besetzt kann nicht
375 Ziel und Anspruch unseres Bezirksverbandes sein. Dasselbe gilt bei den Beisitzern im gesamten
376 Landesvorstand. Auch hier stellt Südbaden nur noch zwei der insgesamt 25 Positionen. Der Bezirksverband
377 muss seiner Aufgabe eine inhaltliche und personelle Vertretung Südbadens in der Landespartei
378 sicherzustellen hier wieder nachkommen.
379

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

380